

# Presseinformation



Es gilt das gesprochene Wort!

TOP 27+56 – Ansiedlungsperspektiven für Unternehmen stärken – Vorrang der gewerblichen Nutzung sicherstellen und Landesprogramm zum Schutz der Böden und zum nachhaltigen Flächenmanagement

Dazu sagt die umweltpolitische Sprecherin der Landtagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen,

**Marlies Fritzen:**

**Landtagsfraktion  
Schleswig-Holstein**

Pressesprecherin  
**Claudia Jacob**

Landeshaus  
Düsternbrooker Weg 70  
24105 Kiel

Zentrale: 0431 / 988 – 1500  
Durchwahl: 0431 / 988 - 1503  
Mobil: 0172 / 541 83 53

presse@gruene.ltsh.de  
www.sh-gruene-fraktion.de

**Nr. 214.21 / 16.06.2021**

## Erhalten, was uns erhält:

### Bodenschutz ist Lebensschutz

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Boden auf dem wir täglich stehen und gehen ist eine existenzielle Basis für unser Leben auf dieser Erde. Er dient der Nahrungsmittelproduktion, seine Qualität hat Auswirkungen auf unser Grundwasser, unser Klima und die Vielfalt von Arten und Lebensräumen.

Bodenschutz ist auch Schutz unserer menschlichen Lebensgrundlage und deshalb bin ich auch sehr froh über das heute diskutierte Landesprogramm, das nicht nur den Schutz der Böden betrachtet, sondern darüber hinaus die Eckpunkte für ein aktives Flächenmanagement aufstellt. Bodenschutz ist eine ressortübergreifende und ganzheitliche Aufgabe.

Boden ist mehr als Fläche, die unbegrenzt versiegelt und bebaut werden kann. Wir brauchen Gewerbeansiedlung und Wohnungsbau, wir brauchen Infrastruktur - nicht zuletzt auch für die Energiewende, ohne die es keinen Klimaschutz geben kann. Aber wir müssen dabei bedenken: Mit jedem Quadratmeter der neu überbaut und versiegelt wird, geht nicht nur Fläche, sondern auch wertvoller Boden verloren. Eine Ressource, die nicht vermehrbar ist. Flächenrecycling und Innenentwicklung vor Außenentwicklung sind die Stichworte für einen sorgsamen Umgang mit dieser Ressource.

Seit längerem verfehlt Deutschland das Ziel der Begrenzung des Flächenverbrauchs auf 30 ha am Tag. Bezogen auf Schleswig-Holstein sind das 1,3 ha am Tag, die wir bis 2030 erreichen wollen. Es ist gut, dass wir uns darauf verständigt haben, aber jetzt müssen wir auch konsequent an die Umsetzung gehen. Gebaut werden sollte vorwiegend auf bereits versiegelter Fläche. Wo dies nicht möglich ist, sollte ein entsprechender Ausgleich in

Form einer Entsiegelung erfolgen.

Der Boden ist das wichtigste Kapital für die landwirtschaftlichen Betriebe im Land. Ihnen kommt damit eine besondere Verantwortung zu. Eine bodenschonende Bewirtschaftung, eine vielfältige Fruchtfolge sowie ein reduzierter Dünge- und Pestizideinsatz wirken sich positiv auf den Bodenzustand aus. Ich begrüße es daher ausdrücklich, dass die Landesregierung die Weiterentwicklung der guten fachlichen Praxis in ihr Programm aufgenommen hat.

Der Bericht macht deutlich, dass wir bei den Altlasten noch eine gewaltige Sanierungsaufgabe vor uns haben. Ein Erbe der Vergangenheit mit einem allzu sorglosen Umgang mit dem Boden. Nicht zuletzt ist dies auch eine enorme finanzielle Belastung für unsere Haushalte. Sie sollte eine Mahnung sein, nicht unsererseits durch mangelnde Sorgfalt neue Probleme für künftige Generationen zu schaffen.

Darüber hinaus denke ich, es ist an der Zeit, dass es auch in der EU einen verbindlichen Rahmen zum Bodenschutz gibt. Ich hoffe, dass eine neue Bundesregierung den Weg dafür freimachen wird. Wir haben gesehen, wie beim Gewässerschutz durch die Wasserrahmenrichtlinie und beim Artenschutz durch FFH- und Vogelschutzrichtlinie mit einem einheitlichen Vorgehen auf EU-Ebene wesentliche Fortschritte erzielt wurden. Unser Boden hätte dieselbe Aufmerksamkeit verdient.

\*\*\*